

Vorschläge zur Lösung des Problems.

Welche Wege werden nun vorgeschlagen, um aus dem gegenwärtigen Dilemma herauszukommen?

In erster Linie ist in jüngster Zeit wieder häufig davon die Rede gewesen, Preußen solle ein Beispiel geben, indem es sich zum Reichsland erkläre und unbekümmert um das Verhältnis der anderen Länder zum Reich sich in reichsunmittelbare Wirtschaftsprovinzen mit erhöhter Selbstverwaltung zerlege.

Bezüglich dieser Lösung sei auf die schon erwähnten Auseinandersetzungen in der Weimarer Nationalversammlung verwiesen. Es setzen sich aber auch neuerdings manche führenden Persönlichkeiten mit diesem Vorschlag auseinander. Der preußische Finanzminister Höpfer-Utschhoff hat eine Broschüre unter dem Titel „Der deutsche Einheitsstaat“ herausgegeben, in der er kritisch die einzelnen Vorschläge, die zur Frage des Einheitsstaates gemacht worden sind, behandelt. Er kommt zu dem Ergebnis, daß Reichsprovinzen mit starker Selbstverwaltung eine ideale Lösung wären, die aber nicht von heute auf morgen durchgeführt werden könne. Dagegen lehnt er es ab, den preußischen Provinzen etwa die verfassungsrechtliche Stellung der Länder zu geben, weil das eine noch stärkere Zersplitterung der Gesetzgebung und Verwaltung zur Folge haben würde. Auch bei der Prüfung des Vorschlages der Schaffung von Reichsland kommt der preußische Finanzminister aus denselben Gründen zu einem negativen Ergebnis. Er legt aber alles Gewicht auf die Kompetenzerweiterung des Reichs, wobei nicht nur an die Kompetenzerweiterung auf dem Gebiete der Gesetzgebung, sondern auch auf dem der Verwaltung gedacht wird.

Allerdings macht der Minister auch in dieser Beziehung Vorbehalte in dem Sinne, daß nicht systemlos einzelne Stücke aus der allgemeinen Verwaltung der Länder herausgeschnitten werden dürften. Schließlich setzt er sich in seiner Schrift ausführlich mit dem Gedanken auseinander, ein Reichsland Norddeutschland zu schaffen, das zum deutschen Einheitsstaat überleiten solle.

In seiner Schrift „Deutscher Einheitsstaat oder Föderativsystem?“ (Carl Heymanns Verlag, Berlin, März 1927) lehnt der preußische Ministerpräsident Dr. Braun gleichfalls den Vorschlag, Preußen aufzuteilen und den neuen Provinzen die verfassungsrechtliche Stellung von Ländern zu geben, damit sich so das Reich aus in ihrer Größe gleichmäßigeren Landesteilen zusammensetze, eindeutig ab. Er stellt die geschichtliche Tatsache fest, daß erst der von dem erstarkten Preußen ausgehende und durch die wirtschaftlichen Erfordernisse stark unterstützte machtpolitische Druck das Deutsche Reich zu einer realpolitischen Wirklichkeit werden ließ. Die Frage „Föderativstaat oder Einheitsstaat“ habe sich in jüngster Zeit mehr und mehr zu der sogen. preußischen Frage verdichtet. Man zerbreche sich vornehmlich den Kopf, wie Preußen, das etwa $\frac{3}{5}$ des ganzen Reiches ausmacht, so gestaltet werden könne, daß es